

(Antje Kapek)

Die East-Side-Gallery ist ein Ort mit einer anderen Funktion als die Bernauer Straße. Sie ist mit ihrer Bemalung ein Dokument der Wende und damit auch der Freude über den Fall der Mauer. Gleichzeitig macht sie durch ihre Länge visuell erlebbar, wie das Bollwerk aussah, das DDR-Bürger einsperrte und für dessen Überwindung Flüchtlinge ihr Leben riskierten und zum Teil auch in der Spree lassen mussten. Deshalb ist es einmal mehr wichtig, sich auch daran zu erinnern, dass der Uferstreifen zwischen Hinterlandmauer und Wasser, also Spree, der Todesstreifen war. Mehr als 120 Menschen mussten dort ihr Leben lassen. Ich finde, dass wir es den Opfern der deutsch-deutschen Teilung schuldig sind, dieses Areal nicht als x-beliebiges Bauland und Investitionsobjekt zu behandeln.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und
den PIRATEN]

Genau deshalb ist eine Bebauung – egal welcher Art – der Würde dieses Ortes nicht angemessen.

Wir sind heute zusammgekommen, um über Rettungsmöglichkeiten für dieses Mahnmal zu sprechen. Ich meine, was an der Bernauer Straße möglich war – auch dort gab es bereits geltendes Baurecht –, das muss auch an der East-Side-Gallery gelingen, wo sich ebenfalls mutige Berliner den Baggern in den Weg gestellt haben. Es ist bereits spät, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber nicht zu spät.

Stellen wir doch heute alle miteinander einmal selbstkritisch fest: Wir alle haben Fehler gemacht, und wir alle haben zu spät die Bedeutung der Mauer an diesem Ort erkannt. Aber wir sind uns heute glücklicherweise alle darin einig, dass wir die East-Side-Gallery in ihrer heutigen Form in Gänze erhalten wollen.

Wenn man aber wirklich die East-Side-Gallery in ihrer gesamten Wirkung als Bauwerk erhalten möchte, dann heißt das: keine Entfernung weiterer Mauersegmente und keine Bebauung an diesem historischen Ort.

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Das geht nur, indem man die Mauer und das Gelände vor und hinter ihr für die Öffentlichkeit erhält, begehbar, erlebbar und als authentisches Zeitzeugnis, genau wie es an der Bernauer Straße gelungen ist. Hält man aber wie der Regierende Bürgermeister an den Bauprojekten auf dem Todesstreifen fest, dann ist die weitere Zerstückelung der Mauer vorprogrammiert, denn nach deutschem Recht hat jeder Grundstückseigentümer einen Anspruch auf Erschließung, für die Feuerwehr, die Müllabfuhr oder für die Anlieger.

Genau darauf besteht auch einer der beiden Grundstückseigentümer hier in diesem Fall, selbst vor Gericht. Es wundert mich deshalb auch nicht, dass uns heute ein

Verhandlungsergebnis präsentiert wird, das eine weitere Entnahme von Mauersegmenten beinhaltet. Denn selbst wenn man bereits bestehende Durchbrüche einfach nur verdoppelt, dann sind das trotzdem neue Durchbrüche.

Den Erhalt der East-Side-Gallery in ihrer jetzigen Gestalt, so wie es über 70 000 Menschen fordern, gibt es nur ganz oder gar nicht. Deshalb plädieren wir dafür, dass die Flächen rund um die East-Side-Gallery unbebaut bleiben und die Bauvorhaben an anderer Stelle, beispielsweise an der Spree, errichtet werden.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Lachen von Torsten Schneider (SPD)]

Niemand in diesem Saal will Investitionen in der Stadt verhindern. Die Stadt soll wachsen, aber nicht auf dem Todesstreifen und auf Kosten ihrer Geschichte. Ausgerechnet ein prominenter Sozialdemokrat hat das erkannt und auf den Punkt gebracht – ich zitiere –:

Ich habe die Mauer wachsen sehen, ich habe die Mauer fallen sehen, ich habe sie gehasst, aber heute will ich, dass sie da stehen bleibt, wo sie steht. Baut anders oder kauft die Grundstücke zurück!

– Herr Wowereit! Heinz Buschkowsky hat bestimmt nicht häufig recht, aber in diesem Punkt hat er es. Hören Sie auf ihn!

[Oh! von der SPD und den PIRATEN]

Und vor allem: Hören Sie auf die vielen Menschen in dieser Stadt! Die wollen die East-Side-Gallery, so wie sie heute da steht, und keine weiteren Lücken. – Vielen Dank!

[Beifall bei den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Frau Kapek! – Zu einer Kurzintervention hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Schneider. – Bitte sehr!

Torsten Schneider (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck gewonnen, im falschen Film zu sein. Sie benutzen die East-Side-Gallery als Vehikel für Ihre Investitionsverhinderungspolitik in dieser Stadt!

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Beifall von Christopher Lauer (PIRATEN) und
Heiko Herberg (PIRATEN)]

Und es ist schon bemerkenswert, wie wenig Sie hier über Verantwortung gesprochen haben, nachdem Sie uns ein Jahr lang mit Ihrer Neudefinition von Verantwortung belästigt haben. Der Regierende Bürgermeister ist für jedes Eichhörnchen auf einem Flughafen in Brandenburg verantwortlich, aber Sie haben sich zu Ihrer Verantwortung mitnichten bekannt. – Das stelle ich hier mal fest.

(Torsten Schneider)

[Zuruf von Michael Schäfer (GRÜNE)]

– Ja, das können wir gern mal in Relation setzen, Herr Kollege Schäfer. Wenn man das, was Sie hier vorhaben und dem Haus vorschlagen, womit Sie völlig allein stehen – die beiden anderen Oppositionsfraktionen haben genau das nicht mitgemacht –, womit sie völlig isoliert sind, auf die Flughafenverhältnisse umrechnet, dann kommen Sie prozentual in eine Dimension, die das, was wir am Flughafen vorfinden, weit überschreitet, zumal diese 100 Millionen am Flughafen alle beklagt sind.

[Lachen bei den Grünen]

Ich hätte mir auch gewünscht, dass Sie zu Ihrer Kommunikation hier mal Stellung nehmen, denn das, was heute noch auf Ihrer Homepage zu lesen ist, ist eine Ungeheuerlichkeit. Da steht tatsächlich, von der Fraktionsvorsitzenden niedergeschrieben: Die SPD hat 1992 dieses Grundstück vertickert, verkauft oder veräußert – oder wie auch immer Sie das formuliert haben. Das ist unzutreffend! Es handelt sich hier um einen Restitutionsfall nach dem Bundesvermögensgesetz durch das Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen.

[Andreas Gram (CDU): Aha!]

Hier sind also nach 1933 verfolgungsbedingt enteignete jüdische Vermögenswerte rückübertragen worden. Nichts ist von der SPD, nichts ist vom Bundesland Berlin vertickert worden, werte Frau Kapek. Das ist eine Frechheit!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Ich hätte mir auch gewünscht, dass Sie mal über Verantwortung, wie Sie sie hier definiert haben, reden, in Bezug auf Ihren Bürgermeister. Ich will jetzt gar nicht den Begriff vom Dorfschulzen bemühen, denn das schreiben alle Zeitungen. Aber dass der Kollege gestern im Hauptausschuss sitzt und dann fluchtartig den Saal verlässt aus Feigheit und Verantwortungslosigkeit, als die Piraten dieses Thema aufgerufen haben,

[Stefanie Remlinger (GRÜNE): Das ist gelogen!]

das ist schon sehr bezeichnend für Ihr Verständnis von Politik.

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Am Ende des Tages sind wir uns jedenfalls semantisch alle einig: Wir wollen die Mauer erhalten. Das ist aber auch das Einzige. Sie meinen das aber in einem anderen Sinn als wir. Deshalb sind Sie in diesem Haus, in der demokratischen Mitte isoliert. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Anja Kofbinger (GRÜNE): Nein!]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Schneider! – Möchten Sie replizieren, Frau Kapek? – Bitte sehr!

Antje Kapek (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Schneider! Ich hatte, ehrlich gesagt, bei einer Kurzintervention mehr erwartet. – Aber Sie haben vollkommen recht: Ich habe in meiner Pressemitteilung einen Fehler gemacht. Das ist allerdings aber schon über eine Woche her. Ich will ihn deshalb hier korrigieren: 1990 wurde das Grundstück restituiert. 1992 unter Bau-senator Volker Hassemer wurde von der Senatsverwaltung auf Landesebene ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt, der die Basis für das Planwerk Innenstadt von Peter Strieder 1999 war, der diesen städtebaulichen Wettbewerb mit der heute diskutierten Bebauung so festgesetzt hat und damit folgend rechtsverbindlich für die Planungen auf Bezirksebene war. Es geht noch eine ganze Weile weiter. Das haben wir alles auf unserer Homepage veröffentlicht.

Ich sage Ihnen aber eins: Die Menschen in Berlin interessiert dieser Schuldzuweisungsexzess nicht,

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN –
Lachen bei der CDU]

Deshalb haben wir heute einen dringlichen Antrag eingebracht, in dem wir Vorschläge unterbreiten und damit unseren Beitrag zu einer lösungsorientierten und konstruktiven Diskussion liefern.

[Oliver Friederici (CDU): Ist das eine Rede
von Rheinland-Pfalz?]

Wir wollen nicht, dass Investitionen verhindert werden. Das ist auch eine Unterstellung, die Sie sich sparen könnten. Wir sagen lediglich: Ähnlich wie das in der Bernauer Straße der Fall war, müssen wir mit den Investoren darüber ins Gespräch kommen, wo ihre Investitionen an anderem Ort realisiert werden können,

[Joschka Langenbrinck (SPD): Das hat Ihr
Bürgermeister ja nicht getan, Frau Kapek!]

so wie das unter anderem auch im Rahmen einer Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik hier mehrfach als politischer Konsens festgehalten wurde. Ich glaube, wir sind da alle im Geiste auf einer Seite, wenn wir uns tatsächlich das Beispiel der Bernauer Straße immer vor Augen halten. Auch da hatten wir einen schwierigen Prozess, aber wir haben am Ende ein ganz hervorragendes Ergebnis bekommen. Auch dort haben wir ja wenig private Investitionsprojekte direkt auf dem Mauerstreifen. Wenn wir das tun, kommen wir alle gemeinsam in die richtige Richtung. – Danke!

[Beifall bei den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Frau Kapek! – Für die SPD-Fraktion hat jetzt das Wort die Abgeordnete Frau Lange! – Bitte sehr!